

An die
Ratsfraktionen der Stadt Göttingen
Bündnis 90/Grüne, Gruppe CDU/FDP, SPD

sowie die lokalen **Medien**

Bündnis
LEBENSWERTES GÖTTINGEN

c/o Roter Buchladen
Nikolaikirchhof 7
37073 Göttingen

lebenswertes-goettingen@gmx.de
www.zukunft-fuer-goettingen.de

Göttingen, 13.11.12

Offener Brief Zukunftsvertrag und die nun absehbar drohenden Folgen für das soziale und kulturelle Leben in Göttingen

Sehr geehrte Ratsmitglieder der Fraktionen
von Bündnis90/Grüne, der Gruppe CDU/FDP und der SPD,

in der Ratssitzung am 6. Juni 2012 haben Sie für den sogenannten Zukunftsvertrag gestimmt, der schließlich mit dem Land Niedersachsen am 13. Juli 2012 unterzeichnet wurde. Damit haben Sie Ihre Zusage gegeben, dass der Göttinger Haushalt in den kommenden 10 Jahren stets ausgeglichen ist (d.h. ggf. erforderliche Kredite dürfen nicht mehr aufgenommen werden) und der Anteil der sog. Freiwilligen Leistungen am Gesamthaushalt die Größenordnung von 3,24% nicht übersteigt. Konkrete Mittelkürzungen für zahlreiche soziale und kulturelle Einrichtungen sind im Vertragswerk bereits als Grundlage festgehalten.

Das Problem der strukturellen Unterfinanzierung Göttingens ist mit der Entschuldungshilfe nicht gelöst. Sich verringernde Einnahmen oder wachsende Ausgaben führen in den kommenden Jahren zu weiteren, in den bisherigen Planungen nicht vorgesehenen Einschnitten. Dies bedeutet für die Göttinger BürgerInnen die mögliche Schließung ganzer Einrichtungen (wie des Weender Freibads) und die Einschränkung zahlreicher kultureller und sozialer Angebote. Die Einrichtungen selbst verlieren durch die Selbstverpflichtung der Kommune jegliche finanzielle Planungssicherheit.

Bei den Leistungsbereichen „Hilfe zur Pflege“, „Eingliederungshilfe“ und „Asylbewerberleistungsgesetz“ kommen noch im Haushaltsjahr 2012 nach Schätzung der Verwaltung ca. 1,9 Millionen € an bisher nicht kalkulierten Mehrkosten auf Göttingen zu. Die Erhöhung der Kreisumlage könnte Göttingen weitere 2,6 Millionen € kosten.

Wie begegnen Sie diesen Szenarien?

*Gibt es bisher nicht kalkulierte Mehreinnahmen, die mögliche Mehrkosten ausgleichen?
Wieso war dies vor wenigen Monaten noch nicht bekannt, als Sie Göttingens BürgerInnen mit der sogenannten „Online-Beteiligung“ in Ihre Kürzungen einzubinden versuchten?*

Kann die Verwaltung – wenn es darauf ankommt – doch ein paar 100.000 oder gar Millionen Euro im Haushalt finden, um mögliche Mehrkosten auszugleichen?

Hoffen Sie auf §4 (2) des Zukunftsvertrags, dass das Land Niedersachsen etwaige erhöhte Kreisumlagen als „unvorhergesehene Ereignisse, die außerhalb des Einwirkungsbereiches der zukünftigen Gemeinde liegen“, anerkennt?

Bereits im Doppelhaushalt 2013/2014 kürzen Sie konkret bei den Freiwilligen Leistungen. Viele Einrichtungen und Initiativen wissen bis heute nicht, inwiefern Sie die beantragten Mittel erhalten oder mit Kürzungen rechnen müssen. Nicht zuletzt, weil Sie sich bei der Abstimmung zum Kürzungspaket offen gehalten haben, den Punkt „Andere soziale Einrichtungen“ (Zukunftsvertrag, Anlage 3) näher auszuführen.

Wie sollen Einrichtungen jetzt für 2013 planen, wenn Ihnen die Zuschüsse nicht bekannt sind?

Welche inhaltlichen, fachlichen Konsequenzen (z.B. Einstellen welcher Angebote) drohen den Göttinger Einrichtungen und Initiativen, wenn beantragte Zuschüsse nicht in voller Höhe ausgezahlt werden können, u.a. auch wenn diese nur dann Zuschüsse des Landes, des Bundes, der EU erhalten, wenn der kommunale Basiszuschuss gesichert ist?

Das Bündnis LEBENSWERTES GÖTTINGEN stellt z.B. für den Sozialbereich fest, dass für diejenigen Einrichtungen, die bislang mit mindestens 5.000 € gefördert wurden, laut Verwaltungsvorlage im Sozialausschuss – im Gegensatz zu der bislang geübten Praxis – unter „Haushaltsansatz 2013“ kein Betrag ausgewiesen ist.

Bei den kleineren „sonstigen Wohlfahrtseinrichtungen“, dem sog. „Sammeltopf“, wurden gegenüber dem Vorjahresansatz in Höhe von 125.500 € nun für 2013 bis 2017 jeweils lediglich 65.000 € und (in Klammern) eine „Sozialleistung der Mildten Stiftung“ in Höhe von 40.000 € (ebenfalls in Klammern) in Ansatz gebracht.

Angesichts der realen Differenz von 20.000 € fragt sich, wer soll von dieser Kürzung betroffen sein?

Nach welchen Kriterien wird entschieden, wer städtische Steuermittel und wer Stiftungsmittel erhalten soll und wie (transparent) über die Vergabe der Mittel entschieden werden wird?

Ähnliche Sorgen machen wir uns um die sog. „Freiwilligen Ausgaben“ in den Bereichen der Jugendhilfe, der Kulturpolitik, bei der Förderung von Umweltprojekten etc., die ebenso von den bereits geplanten Kürzungen und den nun sich absehbar verschärfenden Bedingungen betroffen sein könnten.

Wir hoffen auf Ihre zeitnahe Beantwortung, um für die Göttinger BürgerInnen und zahlreiche kulturelle und soziale Einrichtungen zumindest die dringend erforderliche Transparenz herzustellen, mit welchen konkreten Folgen des Zukunftsvertrags zu rechnen ist, wenn Sie den Haushalt 2013/2014 beschließen werden.

Wir behalten uns vor, in den nächsten Tagen noch einmal auf Sie zuzukommen, um Ihnen ggf. in einer öffentlichen Veranstaltung des Bündnisses LEBENSWERTES GÖTTINGEN Gelegenheit zu geben, die genannten Fragen gegenüber den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den mittelbar betroffenen frei gemeinnützigen Verbänden, Einrichtungen und Initiativen zu beantworten.

Mit freundlichen Grüßen,

Bündnis LEBENSWERTES GÖTTINGEN – SprecherInnenkreis

i.A. Marcus Beyer

i.A. Manfred Grönig